

# **Landesfachausschuss Außen-, Sicherheits-, Europa- und Entwicklungspolitik**

## **Antrag „Wasser für Hamburg“**

### **Hintergrund**

Die Wasserversorgung von Gewerbe, Privathaushalten und öffentlichen Einrichtungen gehört zum Thema „Kritische Infrastruktur und Versorgungssicherheit“ und ist grundsätzlich der Innenpolitik zuzuordnen. Sie verbindet sich aber im politischen Alltag zunehmend mit außen- und sicherheitspolitischen Aspekten und wird auch unter dem gemeinsamen Dach der „vernetzten Sicherheit“ betrachtet.

Unter anderem am Beispiel der Neuregelung der Richtlinie zur Konzessionsvergabe im Bereich Wasser-, Energie- und Verkehrsversorgung sowie der Postdienste wurde deutlich, dass Kritische Infrastruktur und Versorgungssicherheit keine allein nationale Angelegenheit mehr sind, sondern bereits tief mit der Europapolitik verwoben sind. In einem erarbeiteten ersten internen Diskussionspapier „*Wasser für Hamburg – Sicher und bezahlbar*“ des Landesfachausschuss Außen-, Sicherheits-, Europa- und Entwicklungspolitik (LFA ASEE) stellen die Autoren die mittlerweile vorerst zurückgezogene Neuregelung und mögliche Privatisierung der Wasserversorgung dar.

In der Diskussion um die Neugestaltung der genannten Richtlinie wurde die erste europäische Bürgerinitiative ins Leben gerufen und agierte erfolgreich. Es hat sich gezeigt, dass auf nationaler Ebene eine breite Front aus Bürgern, Politikern und Verbänden ein mächtiges Gegengewicht zu europäischen Prozessen geschaffen hat, ohne die eigentlich zugrunde liegenden Faktoren „Preis“, „Qualität“ und „Versorgungssicherheit“ tatsächlich ausdiskutiert zu haben. Der potenzielle Eingriff einer europäischen Richtlinie in die kommunale Selbstversorgung mit Wasser wurde als hinreichend ernste Bedrohung wahrgenommen, um auf breiter Front zu intervenieren. Dabei wurde auch deutlich, dass die Wasserversorgung sich nicht mit anderen Dienst- und Versorgungsleistungen „über einen Kamm scheren“ lässt. Bereits die vorgenommene Zusammenfassung in einer komplexen Gesamtrichtlinie birgt offensichtlich Probleme in sich.

### **Zielsetzung**

Die Wasserversorgung, als elementarer Bestandteil der eigenen Daseinsvorsorge muss für die Bürgerinnen und Bürger bezahlbar, qualitativ hochwertig und zuverlässig bleiben. Dabei ist es im Grundsatz des europäischen Gedankens durchaus sinnvoll, die Interessen der Endverbraucher zu wahren, den Wettbewerb zu fördern, bestehende Monopole zu überwachen und hierzu einheitliche Regelungen zu schaffen. Die natürlichen Gegebenheiten legen jedoch auch eine regional beziehungsweise kommunal organisierte Wasserversorgung nahe.

Die Wichtigkeit des Themas für die Bürgerinnen und Bürger wurde bereits unterstrichen. Jetzt geht es darum, den Bürgern und den Kommunen Rechts- und Planungssicherheit zu geben und dabei gleichzeitig die Transparenz und Nachvollziehbarkeit europäischer Regulierungsprozesse zu verbessern.

Aufgrund der bestehenden Zuständigkeiten müssen hierzu auf europäischer Ebene Entscheidungen herbeigeführt werden.

### **Beschlussvorschlag**

Der Landesausschuss möge beschließen, dass die Abgeordneten auf landes-, nationaler und europäischer Ebene in den inner- und überparteilichen Dialog eintreten und sich dafür einsetzen, dass

- die Regelung von Dienst- und Versorgungsleistungen der Daseinsfürsorge in deutlich verschlankten und auf die jeweiligen Versorgungsgüter maßgeschneiderten und gleichzeitig allgemein verständlichen Einzelrichtlinien erfolgt;
- speziell für die Wasserversorgung
  - eine kommunale Selbstverantwortung und Gestaltungshoheit festgelegt wird,
  - keine überregionale oder gar europaweite Ausschreibungspflicht besteht,
  - Werksbetrieb und Geschäftsführung regionsbezogen residieren,
  - Kostentransparenz und Monopolkontrolle durch zuständige Regulierungsbehörden sichergestellt werden.

### **Antragssteller**

Marcus Tandeki  
(Vorsitzender Landesfachausschuss Außen-, Sicherheits-, Europa- und Entwicklungspolitik)

Marco Schrader  
(Stellv. Vorsitzender Landesfachausschuss Außen-, Sicherheits-, Europa- und Entwicklungspolitik)

Yvonne Gerbl  
(Stellv. Vorsitzende Landesfachausschuss Außen-, Sicherheits-, Europa- und Entwicklungspolitik)

Roman Lau  
(Leiter Arbeitsgebiet Kritische Infrastruktur und Versorgungssicherheit im Landesfachausschuss Außen-, Sicherheits-, Europa- und Entwicklungspolitik)

Jan Salzwedel  
(Landesfachausschuss Außen-, Sicherheits-, Europa- und Entwicklungspolitik)